



**Landkreis
Rotenburg**
(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**14. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und
Organisation
am 28.10.2025
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Nils Bassen
Abg. Ernst Behrens
Abg. Nico Burfeind
Abg. Thomas Busch
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Marco Körner
Abg. Detlef Kück
Abg. Uwe Lüttjohann
Abg. Henry Michaelis
Abg. Günter Scheunemann
Abg. Bernd Sievert
Abg. Dirk-Frederik Stelling

Vertretung für Abg. Tobias Koch

Vertretung für Abg. Robert Abel

Verwaltung

Landrat Marco Prietz
Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)
Frau Heike von Ostrowski (Dez. II)
Herr Axel Bolz (Amt 20)
Herr Frank Thies (Amt 32)
Frau Dr. Emese Stauke (Amt 12)
Herr Sebastian Roy (Personalratsvorsitzender)
Frau Christina Schultz (Amt 15)
Frau Monika Trau (Büro des Landrates)

Unentschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Sünje Loes

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation am 13.05.2025
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Einbringung des Haushaltsplans 2026
Vorlage: 2021-26/1013
- 6 Bericht zum aktuellen Stand der Digitalisierung in der Kreisverwaltung und in den kreiseigenen Schulen
Vorlage: 2021-26/1012
- 7 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Harling eröffnet die Sitzung. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt anschließend die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation am 13.05.2025**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation am 13.05.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	4

Es liegen keine Berichtspunkte vor.

Landrat Prietz erklärt, die finanzielle Situation sei angespannt mit einem andauernden Defizit auf der kommunalen Ebene. Die Ursachen lägen auf der Hand: Zu geringe Landes- bzw. Bundeszuführungen, hohe gesetzliche Verpflichtungen, unzureichende Einnahmen sowie Herausforderungen beim Haushaltsausgleich. Der laufende Haushaltsplan für 2025 sieht im Ergebnishaushalt ein Defizit von fast 27 Millionen Euro vor. Dementsprechend sei auch beim Landkreis Rotenburg im Jahr 2026 kein ausgeglichener Haushalt herzustellen.

Frau Dr. Fricke erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage zum TOP) den Kreishaushalt für das Jahr 2026. Sie geht dabei auf die allgemeine wirtschaftliche Lage, den Ergebnishaushalt, die Steuerkraftentwicklung, die Kreisumlage sowie den Finanzhaushalt ein.

Sie weist u.a. auf eine Anpassung der Schlüsselzuweisungen beim Kommunalen Finanzausgleich ab 2026 hin: Aufgrund einer Neuberechnung steigt der Anteil der Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben von 50,9 % auf 53,8 %, der Anteil der Schlüsselzuweisungen für Kreisaufgaben sinkt entsprechend von 49,1 % auf 46,2 %. Dies würde für den Landkreis Rotenburg ein jährliches Minus in Höhe von 4 Mio. Euro bedeuten.

Vorsitzender Harling fragt, ob dieser Betrag schon in den Haushalt einberechnet worden sei.

Landrat Prietz antwortet, der Betrag sei noch nicht berücksichtigt worden, da der Landtag die Änderung noch nicht beschlossen hätte. Es sei allerdings beabsichtigt, dies im Eilverfahren bis Dezember 2025 zu vollziehen.

Landrat Prietz erläutert im Folgenden, dass bereits frühzeitig von der Verwaltung damit begonnen wurde, Konsolidierungsvorschläge für den Haushalt 2026 zu erarbeiten. Es wurde eine Klausurtagung der Verwaltungsleitung durchgeführt. Daraus entstanden mit Hilfe der Fachämter über 100 Vorschläge zu Einsparungen. Etwa 45 Maßnahmevorschläge können als Geschäft der laufenden Verwaltung mit Entscheidung des Landrates umgesetzt werden. Weitere 40 Maßnahmen sollen politisch beraten werden. Dazu gehören u. a. ein Verzicht auf die Schaffung von zusätzlichen Stellen im Stellenplan, Einstellung des Live-Streams bei KT-Sitzungen, Reduzierung der Sport- und Kulturförderung und der Verzicht auf den Neubau von Radwegen.

Die Schließung der Zulassungsstelle in Bothel gehöre ebenfalls zu den vorgeschlagenen Einsparmaßnahmen. Hierzu sei ausgeführt, dass es einige Dienstleistungen ausschließlich in Rotenburg oder Bremervörde gäbe, einige auch in Zeven. Bei der Zulassungsstelle in Bothel handle es sich um ein Pilotprojekt, welches 2007 eingeführt wurde. Der Landkreis trage die Personalkosten in Höhe von 45.000 Euro pro Jahr, die Samtgemeinde Bothel übernehme die Kosten für die Räume. Die Digitalisierung des Zulassungswesens schreite voran, der Trend gehe weiter in die Richtung. Deshalb solle es keine Dienstleistung an einem weiteren Standort mehr geben, auch wenn dadurch eventuell mehr Arbeit in Rotenburg anfällt.

Bei den Konsolidierungsmaßnahmen müsse in der Summe ein Effekt erzielt werden, ansonsten sei der Aufwand wirkungslos.

Frau Dr. Fricke erklärt, dass im Jahr 2025 im Ergebnishaushalt ein Ansatz in Höhe von 27 Mio. Euro Defizit zu Buche standen. Dieser Ansatz könnte bei Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen für das Jahr 2026 auf 16 Mio. Euro Defizit reduziert werden. Der größte Einzelposten sei nach wie vor die Personalaufwendungen. Durch den Tarifabschluss wurden in diesem Jahr 3 % mehr Aufwendungen fällig, im nächsten Jahr nochmals 2,8 Prozent Lohnsteigerung. Ein weiterer großer Posten seien die Aufwendungen für die soziale Sicherung (Sozial-, Jugendhilfe und Jobcenter), welche weiterhin einen steigenden Zuschussbedarf benötigen. Bei den Schlüsselzuweisungen müssten wohl noch um die vier Millionen Euro wegen des neuen kommunalen Finanzausgleichs abgezogen werden. Daher sei eine Erhöhung der Kreisumlage um 3 % im nächsten Jahr unumgänglich.

Trotz aller Bemühungen müssen weitere Schulden aufgenommen werden. Die Gesamtverschuldung steige im Jahr 2026 voraussichtlich auf 140 Mio. Euro.

Als Fazit sei zu festzustellen, dass die Finanzlage sehr angespannt bleibe.

Vorsitzender Harling bedankt sich für die Ausführungen. Der Haushalt werde nun in den Fraktionen zu besprechen sein.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Organisation nimmt den Entwurf des Haushaltsplanes 2026 (Stand 17.10.2025) zur Kenntnis und verweist diesen in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Bericht zum aktuellen Stand der Digitalisierung in der Kreisverwaltung und in den kreiseigenen Schulen**
Vorlage: 2021-26/1012

Frau Dr. Stauke berichtet anhand einer Präsentation über den aktuellen Stand der Digitalisierung der Kreisverwaltung und in den kreiseigenen Schulen (Anlage zum TOP).

Sie teilt mit, dass einige strategische Ziele der Digitalisierung, wie z.B. die Einführung eines zentralen Dokumentenmanagementsystems, die Nutzung von Formularservern sowie eine gemeinsame Portallösung mit den Gemeinden bereits erreicht seien. Bei der Einführung der E-Akte seien 50 % aller Ämter bereits angeschlossen. Hier sei zu beachten, dass die Einführung bei den diversen Fachverfahren mitunter zu Schwierigkeiten mit externen Anbietern führe. Es gäbe verschiedene Workflowmanagements, z.B. beim Dienstreiseantrag oder digitalen Posteingang. Hier sei das Ziel, alle eingehenden externen Poststücke zu digitalisieren, um eine Weiterbearbeitung auch auf digitalem Wege zu gewährleisten. Nachdem das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen" – Onlinezugangsgesetz (OZG) - in Kraft getreten sei, habe der Landkreis Rotenburg bereits eine Vielzahl der vorgegebenen Dienstleistungen online zur Verfügung stellen können. Auch eigene digitale Anträge werden vielfach genutzt.

Zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Verwaltung läge eine Dienstanweisung im Entwurf vor, eine Strategie zur Nutzung dieser sei in der Erarbeitung.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Anfragen**

Landrat Prietz trägt eine Anfrage des Abg. Stelling vor.

Die finanzielle Lage des Landkreises führt aktuell dazu, dass geplante Maßnahmen infrage gestellt werden müssen. In der mittelfristigen Planung des Landkreises ist u.a. die Sanierung der Sporthalle des Gymnasiums und der Berufsbildenden Schulen Bremervörde vorgesehen. Gleichzeitig unterstützt der Bund die Kommunen mit Mitteln aus dem „Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität“, u.a. im Rahmen der sog. „Sportmilliarde“.

Daraus resultieren folgende Fragen:

- 1.) Wird die geplante Sanierung der Sporthalle des Gymnasiums und der Berufsbildenden Schulen Bremervörde durchgeführt?*
- 2.) Wenn ja, wie ist der geplante zeitliche Ablauf des Projektes aktuell?*
- 3.) Plant der Landkreis einen Förderantrag zu stellen, um für dieses Projekt Mittel aus der „Sportmilliarde“ zu akquirieren?*

Landrat Prietz antwortet wie folgt:

Die Sporthalle wurde im Jahre 1974 in einfacher Bauweise errichtet und 2004 über dem Umkleetrakt aufgestockt. Im Zuge des Neubaus der Berufsbildenden Schulen und des Gymnasiums Bremervörde wurde im Obergeschoss der Musiktrakt als Innenausbau neu hergestellt. Der Hallenkörper und das Erdgeschoss weisen erhebliche Mängel in der Bausubstanz und auch an technischen Anlagen auf. Eine weitere betriebssichere Nutzung der Sporthalle ist seit Jahren nur mit erheblichem Aufwand und diversen Unterhaltungsmaßnahmen sicherzustellen. Auch der energetische Zustand ist schlecht. Eine Sanierung bzw. ein Teilersatzneubau des Hallenkörpers sind daher unumgänglich.

Da die Halle sowohl durch den Schulsport, aber auch ganz erheblich durch den Vereinssport genutzt wird, bedarf es einer Interimslösung, da eine Sanierung in diesem Umfang in jedem Fall eine Schließung der Halle von ca. 12 Monaten zur Folge hätte. Dazu wurden Gespräche aufgenommen, aktuell in der letzten Woche mit der Stadt Bremervörde.

Es werden derzeit mehrere Szenarien erarbeitet, mit groben Kosten beziffert und einem ebenso groben Zeitplan versehen. Danach stünde eine Entscheidung über den Sanierungsweg an. Gleichzeitig ist eine Projektskizze in Arbeit, um Fördermittel ad hoc beantragen zu können.

Dieses vorausgeschickt beantworte ich die Fragen wie folgt:

- 1.) Die geplante Sanierung der Sporthalle des Gymnasiums und der Berufsbildenden Schulen Bremervörde wird durchgeführt.
- 2.) Der zeitliche Ablauf ist abhängig von Art und Umfang der Sanierungsmaßnahme; dies ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend entschieden. Daher kann auch noch kein belastbarer Zeitplan mitgeteilt werden.
- 3.) Die Beantragung von Fördermitteln aus der sogenannten Sportmilliarde ist beabsichtigt.

Vorsitzender Harling möchte wissen, ob über das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) des Landes Niedersachsen noch Sonderzahlungen an den Landkreis Rotenburg für kommunale Investitionen fließen werden.

Frau Dr. Fricke erklärt, hierbei handele es sich um ein Paket in Höhe von 640 Mio. Euro, welches die Landesregierung den Kommunen zusätzlich zur Verfügung stelle (KIP3). Der Anteil, den der Landkreis Rotenburg erhält, verteile sich auf 2 Jahre, d.h. in diesem Jahr gäbe es ca. 4 Mio. Euro und im nächsten Jahr ca. 2 Mio. Euro. Sie betont, dass es sich bei den Geldern ausschließlich um Investitionsmittel handele.

Vorsitzender Harling schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 15.47 Uhr.